



Protokoll der 3. Sitzung des Einwohnerrates

vom 22. September 2004, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 35 Mitglieder

Entschuldigt: Susanne Brodbeck, Lukas Flüeler, Doris Greiner, Pascal Porchet, Corinne Ruesch

Traktanden	Laufnummer
1. Bericht des Stadtrates zur Motion von Margrit Siegrist namens der SVP/-CVP/EVP-Fraktion betreffend neuem Logo der Stadt Liestal ://: Zur Kenntnis genommen.	04/174a
2. Bericht des Stadtrates betreffend Ortsplanung - Aufhebung des Baureglements 1974 mit Änderungen und Nachführungen des Zonenreglements Siedlung sowie Änderungen und Nachführungen zu den Teilzonenvorschriften Zentrum ://: An die BPK überwiesen.	2004/5
3. Bericht des Stadtrates betreffend Kantinenweg - Bauprojekt und Baukredit ://: An die BPK überwiesen.	2004/10
4. Berichte des Stadtrates und der BPK betreffend Vorlage Nr. 01/68 Quartierplan "Cheddite" ://: Quartierplan genehmigt. ://: Zusatzantrag BPK genehmigt. ://: Zusatzantrag FDP-Fraktion genehmigt.	01/68a
5. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion für eine Situationsanalyse der Liestaler Jugend ://: Zur Kenntnis genommen.	03/163a
6. Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Migranten- und Migrantinnenparlament ://: An den Stadtrat überwiesen.	2004/7
7. Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Förderung der Zivilcourage ://: Nicht an den Stadtrat überwiesen.	2004/8
8. Interpellation von Astrid Basler und Franz Kaufmann betreffend neue Parkplätze beim Spital ://: Erledigt.	2004/9

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen September-Einwohnerratssitzung.

Mitteilung des Ratspräsidenten

- Bei der Sitzordnung gibt es eine Änderung: Astrid Basler (GL) tauscht ihren Platz mit Marie-Theres Beeler (GL). Der Grund ist, dass Fraktionssprecherin Marie-Theres Beeler inmitten ihrer Fraktion sitzen möchte.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtrat Ruedi Riesen informiert zum Thema Bahn 2000. Der Stadtrat habe vor rund einem dreiviertel Jahr das einwohnerrätliche Einverständnis für die Bildung einer stadträtlichen Kommission erhalten (Motion Nr. 03/134 der FDP-Fraktion für ein Informations- und Strategiekonzept Bahn 2000). Diesem Wunsch wolle der Stadtrat nun nachkommen, indem er eine Fachkommission bilde. Die Begleitung des Projekts Bahn 2000 sei damit aufgestellt. Er erinnere daran, dass die Stadt Liestal für die Tieflage sei. Anfangs 2005 werde der Stadtrat über den Stand der Planung berichten.
- Stadtrat Ruedi Riesen äussert sich zudem zum "Manor"-Projekt. Dieses Projekt sei nicht etwa am Sterben, wie man in der Presse habe lesen können. Der Stadtrat messe dem Quartierplan Bücheli/Obergestadeck oberste Priorität zu. Die Chance, dass dort in nächster Zeit ein Projekt realisiert werden könne, sei gross. Mit dem Manor-Projekt sei der Stadtrat grundsätzlich einverstanden. Das Gebiet unterstehe der Quartierplanpflicht. Das Planungsgebiet umfasse zwei Flächen, den äusseren Planungssperimeter und den Projekt-Perimeter Manor. Der Stadtrat habe ein Grundlagenpapier erarbeitet, das die Rahmenbedingungen definiere. Dieses Papier bilde für ihn die Verhandlungsbasis. Der Stadtrat verlange einen Wettbewerb für das Gebiet, denn es gehe um eine delikate städtebauliche Situation in der Altstadt. Ohne Wettbewerb bestehe die Gefahr, dass sich ein langwieriges Ping-Pong-Spiel entwickle. Die Promotoren des Projekts habe man getroffen, Unklarheiten seien beseitigt worden. Der Stadtrat habe eine gute Startposition mit den Verhandlungspartnern gefunden. Die Informationspolitik wolle der Stadtrat sauber gestalten, damit das Projekt nicht verunglimpft werde. Das Projekt Kantinenweg, das auf der heutigen Traktandenliste stehe, bilde den Schlüssel für das Manor-Projekt.

Als **Stimmenzähler** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-------------------|--------------------------------|
| - Astrid Basler | (Seite FDP) |
| - Elisabeth Weber | (Seite SP, Grüne, Fraumättler) |
| - Adrian Mächler | (Mitte, Büro) |
-

Traktandenliste

Es werden keine Änderungen beantragt.

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Sabine Sutter und Regina Vogt namens der FDP-Fraktion zum Jugendtreffpunkt Joy im Haus zur Allee (Nr. 2004/11);
- Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend das Marktwesen in Liestal (Nr. 2004/12).

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 18. August 2004

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

19 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

1. Bericht des Stadtrates zur Motion von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend neuem Logo der Stadt Liestal (Nr. 04/174a)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Mit Beschluss vom 23. Juni 2004 hat der Einwohnerrat die Motion Nr. 04/174 von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion überwiesen und damit dem Willen Ausdruck verliehen, dass die Stadtbehörden ausschliesslich das bestehende traditionelle Wappen verwenden sollen.

Der Stadtrat hat in seiner schriftlichen Stellungnahme anlässlich der erstmaligen Beratung der Motion von Margrit Siegrist sowie der Beantwortung der Interpellation von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion (Nr. 04/175) seinen Standpunkt zur Thematik hinlänglich definiert. Er hat bei dieser Gelegenheit auch darauf hingewiesen, dass nie die Absicht bestand, das traditionelle Wappen zu eliminieren, vermochte damit den Einwohnerrat mehrheitlich aber nicht zu überzeugen.

Der Stadtrat nimmt aus diesem Grund Abstand von der vorgesehenen Einführung des neuen Logos. Ein erneuter Anlauf wird gegebenenfalls nach Wahrung einer demokratischen Anstandsfrist und unter Einbezug der Lehren aus dem abgebrochenen Prozess erfolgen.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass

- a. die Einführung des neuen Logos auf unbestimmte Zeit ausgesetzt wird;
- b. der Stadtrat zum gegebenen Zeitpunkt die ideale Vorgehensweise für die künftige Einführung eines neuen Logos bestimmen wird.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, er habe zum Thema nichts mehr zu sagen.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für seine offene Antwort. Sie sei froh, dass nicht weiter nach einem neuen Erscheinungsbild gesucht werde, sondern dass man die Zeit für wichtigere Aufgaben verwende. Man könne doch stolz sein auf das Wappen von Liestal, das allen vertraut sei. Die Motion habe ihren Zweck erfüllt, nun könne man unter die Sache einen Schlussstrich ziehen. Den Antrag a des Stadtrates unterstütze ihre Fraktion einstimmig. Den Antrag b hingegen halte sie für überflüssig und lehne ihn deshalb ab. Es gebe keinen Grund dafür, dass sich der Stadtrat seine Absichten vom Einwohnerrat bestätigen lasse. Ihre Fraktion erwarte, dass der Einwohnerrat künftig frühzeitiger informiert werde.

Ernst Burkhardt (SP) meint, der Gescheitere gebe nach. Man müsse das Thema nun ruhen lassen. Mit der Motion sei an sich das falsche Mittel verwendet worden. Man hätte rechtlich dagegen vorgehen können. Das Ganze sei eine Machtdemonstration des alten Einwohnerrats gewesen. Der Stadtrat habe sich der Vernunft gebeugt. Die Einführung des neuen Erscheinungsbildes abzubrechen, koste auch Geld. Jetzt sei es aber das Beste, nicht weiter zu fragen, sonst koste es noch mehr. Die SP-Fraktion stimme beiden Anträgen zu.

Bernhard Fröhlich (FDP) hält fest, er habe nicht wissen wollen, wieviel das Logo, sondern wieviel die ganze Umsetzung der Corporate Identity kosten würde. Er habe keine Antwort erhalten, das mache jetzt aber auch nichts. Zu gegebener Zeit werde der Stadtrat das Richtige tun.

Marie-Theres Beeler (GL) sagt, ihre Fraktion bedaure den Rückzieher des Stadtrates. Sie sei nach wie vor der Meinung, dass dies kein motionsfähiges Geschäft sei. Ausserdem habe ihr das Logo gefallen. Sie werde zur Kenntnis nehmen, in welcher Aufmachung sich die Äusserungen des Stadtrates künftig zeigen würden. Ihre Fraktion werde sich mehrheitlich der Stimme enthalten.

Adrian Mächler (FDP) weist darauf hin, dass man etwas erreicht habe. Man habe nämlich den Stadtrat darauf sensibilisiert, dass er das nächste Mal keine Hauruck-Übung mehr machen werde. Deshalb könne von seiner Fraktion aus der Antrag b stehen bleiben. Man solle doch dem Stadtrat die Chance geben.

://: Der Antrag a wird mit grossem Mehr bei sechs Enthaltungen angenommen.

://: Der Antrag b wird mit 23 Ja- gegen 11 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

20 B.1.C. Bauplanung - Vorschriften, Reglemente

2. Bericht des Stadtrates betreffend Ortsplanung - Aufhebung des Baureglements 1974 mit Änderungen und Nachführungen des Zonenreglements Siedlung sowie Änderungen und Nachführungen zu den Teilzonenvorschriften Zentrum (Nr. 2004/5)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Gemäss dem kantonalen Raumplanungs- und Baugesetz (RBG in Kraft ab 01.01.99) sind die Gemeinden verpflichtet, bis zum 01.01.04 ihre Vorschriften dem neuen RBG anzupassen. Eine erste Überprüfung hat ergeben, dass 90 % der Vorschriften des BR74 aufgehoben werden können, da die meisten Bestimmungen im übergeordneten kantonalen Raumplanungs- und Baugesetz sowie im Enteignungsgesetz vorhanden sind und auch neu geregelt wurden. Deshalb ist die Aufhebung des Baureglements aus dem Jahr 1974 vorgesehen, was mit verschiedenen Änderungen und Anpassungen im Zonenreglement Siedlung und im Teilzonereglement Zentrum verbunden ist.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Den Ergänzungen zum Zonenreglement Siedlung wird zugestimmt.
2. Den Ergänzungen und Änderungen zum Teilzonereglement Zentrum wird zugestimmt.
3. Den Mutationen zum Teilzonenplan Zentrum wird zugestimmt.
4. Das Baureglement 74 wird vollständig aufgehoben.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) legt dar, bei dieser Vorlage handle es sich um ein umfangreiches Werk. Das Büro des Einwohnerrats empfehle, das Geschäft an die Bau- und Planungskommission zu überweisen.

://: Der Bericht des Stadtrates betreffend Ortsplanung - Aufhebung des Baureglements 1974 mit Änderungen und Nachführungen des Zonenreglements Siedlung sowie Änderungen und Nachführungen zu den Teilzonenvorschriften Zentrum wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

21 B.1.3.3. Ortsplanung: Einzelne Bereiche

3. Bericht des Stadtrates betreffend Kantinenweg - Bauprojekt und Baukredit (Nr. 2004/10)

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Seit dem Entwicklungsplan 95 ist die Bedeutung des Kantinenweges als Erschliessungsstrasse des Entwicklungsgebietes Obergestadeck / Bücheli bekannt.

Am 30. Januar 2002 hat der Einwohnerrat einen Projektierungskredit für den Kantinenweg genehmigt. Nach der Fertigstellung eines Projektes, das später vom Kanton in das kantonale Strassennetz hätte übernommen werden können, kamen im Frühjahr 2003 zwischen dem Kanton und der Stadt Fragen betreffend der Finanzierung auf. Auf Grund einer Einigung zwischen Stadtrat und Regierungsrat vom Mai 2004 konnte das Projekt auf eine Gemeindestrasse reduziert werden, welche gemäss Strassenreglement der Stadt finanziert wird.

Bis heute bestritten wird vom Kanton die unentgeltliche Abtretung der heutigen Verkehrsfläche, wie dies gemäss geltendem Recht und angewandter Praxis entspricht.

Die Anlagekosten von brutto CHF 820'000.00 verteilen sich auf die Stadt Liestal mit ca. CHF 142'000.00 und die Anstösser mit ca. CHF 678'000.00.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Dem Bauprojekt „Kantinenweg-Neubau“ und dem Baukredit von CHF 820'000.00 wird zugestimmt.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) äussert, die Meinungen darüber, ob das Geschäft an die Bau- und Planungskommission überwiesen werden solle oder nicht, würden auseinandergehen. Er gebe das Wort an den Stadtrat weiter.

Stadtrat Ruedi Riesen betont, der Stadtrat sei froh, wenn die Vorlage an die BPK überwiesen werde. An sich sei das Geschäft eine klare Sache, über die man auch jetzt verhandeln könne. Der Stadtrat würde aber gerne mit einer Verzögerungstaktik spielen, da er mit dem Kanton wegen der Landabtretungen noch in Verhandlung sei.

Das Eintreten auf die Vorlage wird nicht bestritten.

Regina Vogt (FDP) sagt, ihre Fraktion empfehle die Überweisung des Geschäfts an die BPK.

://: Der Bericht des Stadtrates betreffend Kantinenweg-Bauprojekt und -Baukredit wird mit 26 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Franz Kaufmann (SP) sagt, er hätte gerne eine Begründung für die Nein-Stimmen aus der Mitte des Saals.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) erläutert, der neue Stadtrat habe eine Vorwärtsstrategie signalisiert, nachdem das Geschäft lange in der Schublade gelegen sei. Wenn es nun zu Debatten in Kommissionen komme, gebe es wieder Verzögerungen. Der Kanton zeige offenbar kein Entgegenkommen. Er habe speziell auf die Mitteilungen von Ruedi Riesen geachtet, aber nichts dergleichen gehört. Aus diesem Grund sei seine Fraktion dafür, die Vorlage direkt zu beraten, um einen Bremsklotz wegzuschaffen.

Regina Vogt (FDP) weist darauf hin, dass auf dem Perimeterplan ein Grundeigentümer nicht korrekt angeschrieben sei.

22 B.1.3.2. Ortsplanung: Ueberbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

**4. Berichte des Stadtrates und der BPK betreffend Quartierplan
"Cheddite" (01/68, 01/68a)**

Die Bau- und Planungskommission (BPK) informiert in ihrem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Dieses früher für das Gewerbe genutzte Gebiet soll in Zukunft einer andern Nutzung zugeführt werden. Gemäss den Planungsgrundlagen soll auf dem Areal eine Wohnüberbauung realisiert werden. Das Projekt beinhaltet eine Wohnüberbauung von insgesamt ca. 120 Wohneinheiten in verdichteter Bauweise mit verschiedenen Wohnungsgrössen und Wohnungstypen sowie Eigentumsmodellen, vorab für Familien (ca. 58 % Lausen und ca. 42 % Liestal).

Interessant ist die Tatsache, dass es sich hier um ein „grenzüberschreitendes“ Geschäft handelt, sind davon doch die Gemeinden Liestal und Lausen betroffen. Mit dieser Gesamt-Planung über die Gemeindegrenzen hinaus besteht Gewähr, dass die künftigen Wohnbauten optimal aufeinander abgestimmt werden können. Die Grenze ist dabei kaum wahrnehmbar. Sie wird optisch durch die offene Führung des Windentalbächlis dokumentiert.

Der vorliegende Quartierplan basiert auf dem einwohnerrätlichen Grundsatzbeschluss vom 13. März 2002.

Die Anträge der BPK lauten:

1. Der Quartierplan „Cheddite“, bestehend aus
 - a) Quartierplan-Reglement;
 - b) Quartierplan-Teilplan Nr. 1: Bebauung und Aussenraum;
 - c) Quartierplan-Teilplan Nr. 2: Erschliessung, Ver- und Entsorgung, Etappierung;
 - d) Quartierplan-Teilplan Nr. 3: Schnitte, Bebauung und Terraingestaltung,wird genehmigt.

Zusatzanträge:

2. Die Unterbrechung der heutigen Durchgangsstrasse muss erfolgen, bevor mit dem Bau der 1. Etappe begonnen wird.
3. Um kein Präjudiz zu schaffen, ist von der weiteren Planung eines Werkhofes im Windental Abstand zu nehmen.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) teilt mit, die Vorlage sei grenzüberschreitend und stelle deshalb ein besonderes Geschäft dar. Es sei sorgfältig vorbereitet worden und entspreche modernsten Anforderungen. Was die Erschliessung betreffe, sei die Kommission für das vorgelegte Konzept. Zur Frage, wie man im künftigen Wohngebiet mit den Rettungsdiensten umgehen werde, habe man vom Stadtrat keine genaue Antwort erhalten. Wahrscheinlich werde dies gleich wie beim Bus gehandhabt, dass man nämlich die Schranke öffnen werde. Zur Etappierung stelle die Kommission einen Zusatzantrag. Der zweite Zusatzantrag zum Windental sei in den Fraktionen nicht auf pure Gegenfreude gestossen. Es sei darum gegangen, im Interesse des künftigen Quartiers zu handeln. Es sei klar, dass der Antrag mit dem absoluten Verbot, im Windental einen Werkhof zu planen, ziemlich hart sei. Die Kommission sei bereit, diesen Antrag zurückziehen, falls er modifiziert würde. Zum Thema Altlasten seien noch vertragliche Regelungen nötig. Diese hätten aber auf die heutigen

Beschlüsse keine Auswirkung. Für die Stadt Liestal würden keine Kosten entstehen. Er bitte darum, den Anträgen 1 und 2 zuzustimmen.

Adrian Mächler (FDP) äussert, seine Fraktion sei mit den ersten beiden Anträgen einverstanden. Sie stelle den Antrag, den dritten Punkt durch folgende Formulierung zu ersetzen: "Das Neubauprojekt eines Werkhofes im Windental ist nicht Bestandteil dieser Vorlage. Der Stadtrat wird damit beauftragt, darauf hin zu wirken, dass im Falle einer Weiterverfolgung dieses Projektes die Qualität des neuen Quartiers in keiner Weise beeinträchtigt wird und der Wohnqualität in den bestehenden Quartieren (auf Liestaler und auf Lausener Seite) Rechnung getragen wird. Dies vor allem in Hinblick auf den zu erwartenden Werkverkehr und mögliche Lärmemissionen durch den Werkhof."

Franz Kaufmann (SP) unterstreicht, es handle sich um eine sehr sorgfältige, präzise formulierte Vorlage. Es werde versucht, das Beste für die Umwelt zu tun. Auch Schleichwege sollten unterbunden werden. Es gebe keine Durchfahrt zwischen dem Lausner und dem Liestaler Teil des Wohngebiets. Das ganze Vorgehen bei dieser Vorlage sei sehr sensibel. Dass im Windental später ein Werkhof gebaut werden könnte, wirke allerdings wie die Faust aufs Auge. Dieses Ansinnen habe Skepsis geweckt. An sich sei es begrüßenswert, dass solche Projekte wie ein gemeinsamer Werkhof zweier Bürgergemeinden realisiert werden solle. Deshalb sei seine Fraktion nicht einfach dafür, das Projekt ganz abzublocken. Seine Fraktion sei mit den ersten beiden Anträgen sowie beim dritten Antrag mit der modifizierten Fassung, die Adrian Mächler vorgestellt habe, einverstanden.

Ernst Burkhardt (SP) sagt, er wolle seine Zerrissenheit kundtun. Einerseits sei er Einwohner und Einwohnerrat, andererseits auch Bürger von Liestal. Die Angst, dass dieser Werkhof entstehen werde, könne er Franz Kaufmann nehmen. Das Ganze sei noch absolut offen, es bestehe keine Planung. Bisher handle es sich lediglich um eine Idee. Er fände es gut, dass solche Ideen langfristig angemeldet würden, und er fände die Zusammenarbeit der beiden Werkhöfe auch gut. Er fände es aber noch besser, wenn Einwohner- und Bürgergemeinde in einer frühen Phase das Gespräch miteinander aufnehmen würden, damit keine Irritationen entstünden. Das Thema Werkhof im Windental tauche jetzt wie eine kleine Stinkbombe auf. Er sei für eine offenerere, transparentere Politik.

Hanspeter Mohler (FDP) hält fest, er sei auch Bürger. Peter Siegrist habe zum Thema Werkhof einen Brief verschickt. Diesen wolle er erwähnen als Beispiel dafür, dass Kommunikation stattgefunden habe. Der Brief sei der Gegenbeweis dafür, dass es hier nicht um eine Stinkbombe gehe. In dem Schreiben seien die Fakten klar dargestellt. Ein Werkverkehr würde keine sehr grossen Emissionen verursachen, noch weniger als der Quartierbus. Er frage sich, ob es wirklich nötig sei, der nächsten Generation von Einwohner- und Stadträten Auflagen für ein Projekt zu machen, das nicht umweltfreundlicher sein könne. Entgegen der Meinung seiner Fraktion sei er für eine andere Formulierung des dritten Antrages. Der erste Satz von Adrian Mächler sei sinnvoll, den Rest könne man sich sparen. Er stelle den Antrag, nur über diesen Satz abzustimmen.

Jürg Holinger (GL) sagt, seine Fraktion habe die Vorlage genau geprüft. Jetzt nehme er nur Stellung zum Antrag 3. Seine Fraktion interessiere sich zu diesem Zeitpunkt nur für den Standort des Werkhofs, nicht dafür, wie die Heizung funktioniere. Man müsse dafür sorgen, dass der Werkverkehr die Wohnqualität nicht beeinträchtige. Seine Fraktion sei einverstanden mit dem Antrag von Adrian Mächler.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, seine Fraktion unterstütze ebenfalls den Antrag von Adrian Mächler.

Ernst Burkhardt (SP) ergänzt, eine Schnitzelheizung im geplanten Wohngebiet zu haben, halte er für sehr gut. Es brauche aber keinen Werkhof drumherum. Man müsse sich vorstel-

len, wie es wäre, wenn die Gemeinden Liestal und Lausen mit ihren Forstfahrzeugen dort einfahren würden. Die Chauffeure wären wahrscheinlich nicht so geschult wie die Busfahrer.

Adrian Mächler (FDP) erinnert daran, dass man sich auf die Fassung des von ihm vorgebrachten Antrages geeinigt habe. Es stehe dort nichts drin, was die Bürgergemeinde behindere. Deshalb könne man dem doch einfach zustimmen.

Stadtrat Ruedi Riesen betont, er sei froh um den Vorschlag von Adrian Mächler. Es werde weitere gemeinsame Geschäfte der Einwohner- und der Bürgergemeinde geben, vielleicht auch der Bürgergemeinden von Lausen und Liestal. Die Einwohnergemeinden von Liestal und Lausen seien vor zwei Wochen zusammengekommen. Beide seien von der Idee des Werkhofs nicht begeistert gewesen. Man müsse die Konflikte aber angehen. Bürger- und Einwohnergemeinde müssten miteinander auskommen. Der Lösungsansatz könne sein, in der Ortsplanung, die jetzt anlaufe, bezüglich der Zonen, die der Bürgergemeinde zustehen würden, mit der Bürgergemeinde ins Gespräch zu kommen. Das gegenseitige Einvernehmen sei wichtig. Wichtig sei auch das Thema Altlasten im Windental. Der Bericht liege vor, das Ganze sei nicht so schlimm. Es würden Kosten von rund CHF 12'000.00 zu Lasten des privaten Grundeigentümers anfallen. Ein Kugellager und eine Brandstelle müssten ausgebagert werden. Beide Altlastenherde lägen auf Liestaler Boden.

Franz Kaufmann (SP) erwähnt, Hanspeter Mohler habe den Brief von Peter Siegrist als gutes Kommunikationsbeispiel genannt. Er lade Hanspeter Mohler ein, in seine Fraktion zu kommen, dann brauche es solche Briefe nicht.

Hanspeter Mohler (FDP) dankt für die Einladung, er komme gerne.

://: Der Antrag 1 - der Quartierplan "Cheddite" - wird einstimmig angenommen.

://: Der Zusatzantrag 2 wird einstimmig angenommen.

://: Der Zusatzantrag 3 wird in der Modifikation der FDP-Fraktion grossmehrheitlich, bei einer Gegenstimme, angenommen.

23 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**5. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Orla Oeri-Devereux
namens der SP-Fraktion für eine Situationsanalyse der Liestaler
Jugend (Nr. 03/163a)**

Der Stadtrat informiert in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Am 14. Dezember 2003 reichte Frau Orla Oeri namens der SP-Fraktion ein Postulat mit dem Begehren ein, dem Einwohnerrat sei ein Bericht über die Liestaler Jugend zu unterbreiten. Der Bericht zeigt folgende Aspekte auf: Die verstärkt auftretenden Jugendprobleme sind als gesamtgesellschaftliches Problem zu verstehen, wovon nicht nur Liestal und die Agglomeration Basel betroffen sind, sondern die ganze Schweiz und ihre Nachbarländer. Gründe für die zunehmenden Jugendprobleme liegen im rasanten gesellschaftlichen Wandel und im Verlust von traditionellen Werten wie auch an einer fehlenden Begleitung einer zunehmenden Zahl von Jugendlichen durch erwachsene Bezugspersonen.

Liestal hat zum Ausbau der Jugendhilfe in den vergangenen 10 Jahren einen wichtigen Beitrag geleistet und verschiedene Projekte und Beratungsangebote aufgebaut. Eine Lösung der Jugendprobleme ist abhängig von der Lösung anderer gewichtiger gesellschaftlicher Probleme. Nötig sind Ansätze zu einer gesellschaftlichen und strukturellen Veränderung, welche die Chancengleichheit für alle ermöglicht. In Zukunft geht es darum, die Angebote der Jugendarbeit und Jugendhilfe besser zu vernetzen und die Zusammenarbeit aller Akteure zu optimieren und zu regionalisieren. Dieser pragmatische Ansatz, welcher von Liestal bereits praktiziert wird, soll weiter verfolgt werden.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt vom Bericht betreffend Situation der Liestaler Jugend als Beantwortung des Postulates Orla Oeri zustimmend Kenntnis.

Stadtpräsidentin Regula Gysin legt dar, der Stadtrat habe sich mit seinem Bericht um eine umfassende Antwort bemüht. Er habe aufzeigen wollen, was es in Liestal an Hilfsangeboten für Jugendliche gebe. Man dürfe auch nicht vergessen, dass es den meisten jungen Leuten gut gehe und nur ein spezieller Teil Hilfsangebote benötige.

Orla Oeri-Devereux (SP) dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die ausführliche Situationsanalyse. Man werde darüber informiert, welche Probleme die Jugendlichen hätten und dass es ihnen in Liestal nicht besser oder schlechter gehe als anderswo in der Schweiz. Es werde betont, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handle. Sie habe sich gefragt, ob das heissen solle, dass kein Handlungsbedarf bestehe. Für die SP-Fraktion bleibe die Frage, ob für die Jugend in Liestal genügend getan werde. Sie werde sich mit diesem Thema auseinandersetzen, auch wenn es um das Budget für das kommende Jahr gehe. Vermisst habe man den Bezug zum Jugendkonzept aus dem Jahr 1990. Die SP sei der Meinung, dass es sich dabei um ein wichtiges Konzept handle. Nicht klar sei, ob dieses Papier in die Jugendarbeit in Liestal einbezogen werde. Falls das Postulat abgeschrieben werde, bitte sie den Stadtrat darum, über das Jugendkonzept von damals zu berichten.

Marie-Theres Beeler (GL) hält fest, die wesentliche Aussage des Berichts sei, dass es den Jugendlichen in Liestal gehe wie überall. Ihre Fraktion stelle sich unter einer Situationsanalyse etwas anderes vor. In Bezug auf Liestal sei von rund 200 Jugendlichen die Rede, die

Hilfsangebote benötigten. Über diese erfahre man aber eigentlich nichts. Dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handle, könne nicht heissen, dass man nichts zu unternehmen brauche. Im Jugendtreffpunkt Joy sei das Personal reduziert worden. Damit habe man eine funktionierende Sache totgespart. Das Projekt Streetwork sei gut, aber keine Alternative zu dem, was eingeschränkt worden sei. Die offene Jugendarbeit sei ein klarer Auftrag im Jugendkonzept von Liestal. Dieser Auftrag sei nicht ausgeführt. Die Situation müsse neu beurteilt und Handlungsansätze aufgezeigt werden.

Bernhard Fröhlich (FDP) dankt Orla Oeri-Devereux für dieses Postulat. Mit Blick auf die aktuellen Probleme sei es im richtigen Moment eingebracht worden. Der Bericht nehme mehrheitlich auf neuere Studien Bezug, der Betrachtungsraum sei über die Region hinaus gespannt. Dies sei sicher richtig. Eine tiefere Analyse würde mehr kosten. Den vorerst betriebenen Aufwand halte er für angebracht. Wenn man mehr wissen wolle, müsse man die Ressourcen für eine solche Analyse bereitstellen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) hält fest, der Bericht sei übersichtlich und informativ. Liestal habe in der Jugendpolitik schon öfters eine Vorreiterrolle eingenommen. Das Streetwork-Projekt sei ein Beispiel dafür. Eine wichtige Aufgabe sei, in der Jugendpolitik die Vernetzung mit anderen Behörden und Gemeinden voranzutreiben. Die Vereine würden im Bericht nur in einer Fussnote erwähnt. Dies sei schade, da ihre Arbeit sehr wertvoll sei. Im Fraumattquartier, wo sie wohne, gebe es einen Fussballclub für junge Männer. Ohne diesen Club wären einige von ihnen sehr gefährdet, kriminell zu werden. Ihre Fraktion nehme vom Bericht Kenntnis und danke dem Stadtrat sowie der Verwaltung für die grosse Arbeit.

Regina Vogt (FDP) sagt, dass die Hinweise aus der Smash-Studie 2002 gut nachvollziehbar seien. Für viele Jugendliche sehe die Zukunft nicht rosig aus. Jemand müsse damit beginnen, den Abwärtstrend zu brechen. Junge Leute würden über ihr Leben meist eine negative Bilanz ziehen und dies als normal anschauen. Den Erwachsenen sei es möglich, Situationsveränderungen über Jahrzehnte hinweg zu erkennen und zu beurteilen, welche Faktoren zu dem heute festgestellten Wertezerfall geführt hätten. Vor 40 Jahren habe die antiautoritäre Erziehung Einzug gehalten, vor 25 Jahren seien den Frauen Selbstverwirklichung, Gleichberechtigung und Karrieredenken nahegelegt worden. Die Aufgabe der Eltern sei im Laufe der Jahre der Gleichstellungspolitik geopfert worden. Jugendliche würden auf einen solchen rasanten gesellschaftlichen Wandel besonders sensibel reagieren. Vielen fehle es an verlässlichen Bezugspersonen und Vorbildern. Eltern und Erzieher seien dazu aufgefordert, den ersten Schritt zu machen. Die Erziehungsarbeit sei viel ernsthafter anzupacken als bisher. Die Stadt Liestal würde grosse unterstützende Arbeit zum Beispiel in der Drogenprävention oder mit dem Streetwork-Projekt für Jugendliche leisten. Für die Eltern sei es eine grosse Herausforderung, ihre Kinder im Rahmen des familiären Umfelds zu begleiten und sie nicht führungslos zu lassen.

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) äussert, dass es ihm beim ersten Satz der Fussnote bezüglich der Vereinsarbeit nicht ganz wohl sei, da die Vereine sehr professionell und nicht etwa amateurhaft geführt würden. Auch der letzte Satz der Fussnote sei ihm nicht ganz geheuer. Die Vereine sollten nicht nur Würdigung und Anerkennung erhalten, sondern auch Unterstützung, ob materiell oder auf andere Weise. Zudem sei die Vereinsarbeit nicht nur eine gesellschaftliche Aufgabe, sondern auch eine Aufgabe der Politik.

Hanspeter Stoll (SP) betont, er halte die Vorlage für sehr gut und wolle dem Stadtrat dafür danken. Er habe adäquate Schritte unternommen. Die Jugendlichen in Liestal seien heute nicht schlimmer als früher. Die Chancen für das, was man nach der Jugendzeit mache, hätten sich aber verschlechtert. Dies würde dazu führen, dass Jugendliche in Gruppen gerieten, die einem nicht gefallen würden. Es sei sehr wichtig, die Familien zu unterstützen, da das Familienbild sich verändert habe. Es gebe einen beträchtlichen Anteil an Alleinerziehenden, die arbeiten gehen müssten und ihren Kindern keine optimale Erziehung gewährleisten könnten. Die Familienpolitik sei voranzutreiben. Eine grosse Frage sei heute für junge Leute,

wie sie zu ihrer Ausbildung kämen und was sie nach der Ausbildung machen würden. Wenn keine guten Chancen in der Berufswelt vorhanden seien, führe dies auch zu Frustrationen, die auf Abwege führen könnten. Firmen, die Jugendliche ausbilden, sollten Unterstützung erhalten. Das führe dazu, dass die Jugendlichen besser betreut würden. Auch sei Verantwortung an die Eltern zurückzugeben. Viele Jugendliche würden schon mit zwölf Jahren abends ausgehen, rauchen und trinken. Eltern müssten wieder lernen, Nein zu sagen.

Hanspeter Mohler (FDP) erwidert, er danke Regina Vogt und Hanspeter Stoll für ihre Worte. Sie hätten die Dimension der Familie aufgezeigt. Primär sei es wichtig, dass Familien zusammenbleiben würden. Alleinerziehende sollten aber auch unterstützt werden. Heute würden Frauen fast dazu gedrängt, sich selbst zu verwirklichen. Dadurch würden die Frauen diskriminiert, die sich auf die Haus- und Familienarbeit konzentrierten. Man solle sich auf die Werte der Familie zurückbesinnen.

Danielle Schwab (SP) warnt davor, die Schuld den Frauen zuzuschieben. Die Verantwortung liege nicht allein bei den Frauen, sondern es gehe um eine familienpolitische Angelegenheit. Aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse brauche es neue Angebote, zum Beispiel Teilzeitstellen.

Marie-Theres Beeler (GL) bestätigt, dass es wichtig sei, über Familienwerte zu reden. Dort fange alles an. Es gebe aber privilegierte und weniger privilegierte Familien. In vielen Familien müssten beide Partner arbeiten. Man solle kein Ideal postulieren. Familienpolitik sei sehr wichtig. Es brauche die Unterstützung von Jugendlichen aus nicht privilegierten Familien.

Stadtpräsidentin Regula Gysin führt aus, das Thema Familienpolitik wäre abendfüllend. Was die Vereine betreffe, so betrachte der Stadtrat diese nicht als Randfaktor. Er habe einfach konkrete Antworten auf das Postulat geben wollen. Für die Probleme von heutigen Jugendlichen gebe es eine Vielfalt an Ursachen. Ihr gehe es weniger um eine Rückwärtsschau als um die Verbesserung der jetzigen Situation. Dazu brauche es, wie dies auch im Jugendkonzept von 1989 stehe, vor allem den politischen Willen und Geld. Es sei wichtig, die Jugendlichen einzubinden, damit sie ihre Kreativität entfalten könnten. Sie seien voller Ideen. Die finanzielle Lage der Stadt sei leider nicht dementsprechend. Auch der von den Grünen vorgeschlagene Betrag hätte nicht ausgereicht, um das Notwendige zu tun. Im Bericht des Stadtrates seien zum Teil Dinge offengelassen worden, weil eine weitergehende Analyse zu viel Aufwand bedeutet hätte. Zur Anregung von Hanspeter Stoll betreffend Unterstützung von Firmen wolle sie darauf hinweisen, dass er offene Türen einrenne. Die Stadt habe bereits Kontakte zu Unternehmen geschaffen. Sie würden Jugendlichen bei der Stellensuche behilflich sein oder Praktikumsstellen für arbeitslose Jugendliche anbieten. Es gebe wieder vermehrt arbeitslose Jugendliche. Man müsse miteinander ein Netz aufbauen und am Thema dran bleiben.

://: Vom Bericht wird mit grossem Mehr, bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen, Kenntnis genommen.

24 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

6. Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Migranten- und Migrantinnenparlament (Nr. 2004/7)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend Migranten- und Migrantinnenparlament

Aus Anlass seines 200-Jahre-Jubiläums veranstaltete der Kanton Aargau am 22. November 2003 ein eintägiges Migranten- und Migrantinnenparlament, ein Projekt des Vereins „Migrantinnen Raum Aargau“. Unter dem Titel „Politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten“ und unter der Leitung von Grossratspräsidentin Barbara Roth, SP, votierten 12 Frauen und 12 Männer unterschiedlicher Herkunft und Kulturen zu den Themen Religion, Schule/Bildung, Integration, Wirtschaft, Arbeitsmigration, Einbürgerung und Ausländergesetz. Dieser symbolische Tag für Migrantinnen und Migranten erreichte gesamtschweizerische Aufmerksamkeit und ein durchwegs positives Medienecho.

Ein Viertel der Liestaler Bevölkerung stammt aus anderen Ländern und Kulturen. Unsere eingewanderten Mitbewohnerinnen und Mitbewohner nehmen am Wirtschafts- und Sozialleben unserer Stadt aktiv teil, zahlen Steuern an die Gemeinde-, Kantons- und Bundeskasse sowie Beiträge an die Sozialversicherungen. Unsere jahrelang steuerzahlenden Migrantinnen und Migranten dürfen aber nie mitbestimmen, zu welchem Zweck die Steuergelder verwendet werden. Beteiligung an einer demokratischen Gesellschaft beinhaltet die Übernahme von Verantwortung und Pflichten sowie die Anteilnahme an der Entwicklung des Gemeinwesens. Unsere Migrantinnen und Migranten verfügen aber über kein Mitstimm- oder Mitspracherecht und sind somit von der Beteiligung am öffentlichen Leben und der politischen Entwicklung ausgeschlossen.

Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass politische Partizipation ein unabdingbarer Bestandteil einer wirklichen Integration ist. Um näher an dieses Ziel zu kommen, braucht es viele Schritte. Ein möglicher kleiner Schritt für Liestal ist, unseren Migrantinnen und Migranten eine Plattform zu bieten, wo sie ihre politischen Ansichten in einem offiziellen und öffentlichen Rahmen einmal äussern können. Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, die Durchführung eines Migrantinnen- und Migrantenparlaments zu prüfen und dem Einwohnerrat zu berichten.

Stadtrat Ruedi Riesen meint, es gehe hier um eine schwierige Angelegenheit. Ein Viertel der Liestaler Bevölkerung sei ausländischer Herkunft, habe einen anderen kulturellen und religiösen Hintergrund. Dies stelle die Gesellschaft vor eine diffizile Aufgabe. Im Integrationsgesetz sei die Rede von Integration auf verschiedenen Ebenen, zum Beispiel auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene. Die politische lasse man aus. Ihm gefalle diese Idee. Es sei etwas, was man thematisieren solle. Ausländische Mitbewohner- und -bewohnerinnen sollten die Gelegenheit erhalten, sich auch auf der politischen Ebene zu integrieren. Dabei sei aber die Rücksichtnahme auf das einheimische politische Verständnis wichtig. Es sei ein brisantes Thema. Der Stadtrat wolle das Postulat annehmen.

Orla Oeri-Devereux (SP) antwortet, sie freue sich darüber und hoffe, dass der Rat das Postulat überweisen werde. Man solle sich einmal versuchen vorzustellen, wie es für einen wäre, wenn man lange Zeit in einem anderen Land wohnen, Steuern zahlen und am Leben teilnehmen würde, aber kein Stimm- und Wahlrecht hätte. Darum gehe es aber nicht, dies würde eine Kantonsverfassungsänderung brauchen. Man könne aber den Migranten und Migrantinnen signalisieren, dass man daran interessiert sei, sie anzuhören. Im Kanton Aargau

sei ein Migrantenparlament für einen Tag eingerichtet worden. Es sei sehr beeindruckend gewesen, was dort gesagt worden sei. Sie sei sich bewusst, dass die Finanzlage von Liestal nicht rosig sei. So etwas koste Geld. Es gebe aber eidgenössische Fonds, die bereit wären, ein gutes Projekt zu unterstützen. Man solle solchen Möglichkeiten nachgehen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) sagt, die Integration sei in Liestal in den letzten Jahren ein grosses Thema geworden. Ausländer und Ausländerinnen sollten eine Plattform haben, auf der sie sich äussern könnten. Die finanzielle Lage der Stadt sei allerdings in Betracht zu ziehen. Deshalb sei nur eine Minderheit ihrer Fraktion für die Überweisung des Postulats.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) äussert, die Idee sei an sich unterstützenswert. Vieles werde schon für die Integration gemacht, auch durch die Stadt Liestal, zum Beispiel mit den Neuzuzüger-Apéros oder den Einbürgerungskursen. Die städtische Integrationskommission habe ein Fest durchgeführt. Aus dem Postulat sei nicht ersichtlich, ob der Stadtrat ein Migrantenparlament als ständige Einrichtung prüfen solle. Aus Sicht ihrer Fraktion wäre dies unnötig. Als einmalige Veranstaltung könne sie sich hingegen die Umsetzung dieser Idee vorstellen. Dazu brauche es dieses Postulat aber nicht. Eine Mehrheit ihrer Fraktion sei gegen die Überweisung.

Adrian Mächler (FDP) weist darauf hin, dass die Integrationskommission tolle Arbeit leiste, was man zum Beispiel an dem erwähnten Fest sehe. Seine Fraktion fände es sinnvoll, wenn es ein Podium gebe, an dem Ausländer sich äussern könnten. Den Titel würde die FDP-Fraktion als Arbeitstitel verstehen. Mit anderen Worten, es müsse nicht unbedingt ein geschlossener Raum zur Verfügung stehen. Wichtig sei, dass die Stadt Hand biete für die Verständigung. Migranten und Migrantinnen seien auch gute Steuerzahler. Die Form des Austausches könne man sich verschieden vorstellen. Die FDP-Fraktion überweise das Postulat gerne.

Erika Eichenberger (GL) fügt hinzu, die Grünen würden das Begehren ebenfalls unterstützen. Es sei wichtig, dass Migranten und Migrantinnen sich mit den Fragen in ihrer Wohngemeinde auseinandersetzen würden. Dies sei ein wichtiger Schritt zur Integration. Man solle die Ansichten von 25 Prozent der Bevölkerung kennen und eine Plattform bieten, wo man offen diskutieren könne. Der Parlamentsbegriff störe sie ein wenig, denn es gehe nicht darum, Entscheide zu fällen. Die Umsetzung der Idee könne eine Bereicherung für Liestal bedeuten. Es sei auch zu prüfen, ob eine solche Einrichtung nicht auch institutionalisiert werden könnte.

Ernst Burkhardt (SP) sagt, er freue sich über die Offenheit des Einwohnerrats. Das Postulat würde nichts festlegen. Es gehe um ein Parlament im ursprünglichen Sinn: Das bedeute, über etwas reden, sich austauschen, Probleme anhören. Wenn es der Stadt gelinge, ein Forum zu bilden, würden sich die Migranten ernst genommen fühlen. Dadurch könnten sie auch besser eine Stütze für ihre Kinder sein, was wiederum einen Beitrag zur Jugendarbeit darstellen würde. Seine Fraktion bitte darum, das Postulat zu überweisen.

Bernhard Fröhlich (FDP) teilt mit, auch seine Fraktion unterstütze diese Idee. Sie bedeute, einen Schritt vorwärts zu gehen. Wenn es ein solches Parlament gebe, würde allerdings gewiss erwartet, dass jemand den Ball von dort aufnehme. Dies sei ein kritischer Punkt. Wenn das nicht passiere, sei die Frustration bei den Betroffenen grösser als vorher.

Orla Oeri-Devereux (SP) ergänzt, sie halte die Bemühungen in Liestal um die Integration für sehr positiv, aber der politische Teil sei nicht Bestandteil der Integrationsarbeit, darum gehe es ihr. Sie habe nicht einen fixfertigen Plan, sondern eine Idee bringen wollen. Was Bernhard Fröhlich gesagt habe, erscheine ihr sehr wichtig.

Marie-Theres Beeler (GL) bestätigt, es sei wichtig, was zuletzt gesagt worden sei. Ein solches Forum brauche eine Schnittstelle, zum Beispiel zum Einwohnerrat. Dies sei dem Stadtrat mitzugeben.

://: Das Postulat wird mit 27 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

25 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

7. Postulat von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Förderung der Zivilcourage (Nr. 2004/8)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat betreffend Förderung der Zivilcourage

Der Gewaltakt letzten Frühling im "Coop Pronto" in Liestal löste grosse Unsicherheit und Ohnmachtsgefühle unter der Bevölkerung aus. Der Stadtrat, in Zusammenarbeit mit dem Kanton und den SBB, reagierte schnell und leitete Massnahmen ein. Rund um die Diskussionen in Liestal und im Kanton wurde die Bevölkerung wiederholt aufgefordert, "nicht wegzuschauen", sondern Zivilcourage zu zeigen.

Diese Aufforderung zur Zivilcourage könnte bestimmt wirkungsvoll sein. Aber neben der Aufforderung braucht die Bevölkerung auch das Gefühl, in ihren Bemühungen getragen und unterstützt zu werden. Dies könnte im Rahmen eines Projektes wie zum Beispiel „Gemeinsam gegen Gewalt - mit Zivilcourage“ realisiert werden. Mögliche Ansätze für ein solches Projekt wären:

- Förderung der Zivilcourage in den Legislaturzielen aufnehmen.
- Jährlich werden durch die Stadt Auszeichnungen für Zivilcourage an Schulen aller Stufen, an Lehrlinge, an Mitglieder von Sportclubs und Liestaler Vereinen verliehen.
- In öffentlichen Veranstaltungen, die die Bevölkerung sensibilisiert und bildet, Zivilcourage thematisieren.
- Zivilcourage in kulturelle Bereiche einfliessen lassen.
- Ein Zivilcourage-Forum in Liestal einrichten.
- Organisationen, die im Bereich Zivilcourage und Gewalt tätig sind, als unterstützende Massnahme einbeziehen.

Ein derartiges Projekt soll die Liestaler Bevölkerung einerseits in die Bemühungen zur De-Eskalation der Gewaltspirale aktiv miteinbeziehen und andererseits soll es gegen das herrschende Ohnmachtsgefühl und die Unsicherheit wirken.

Der Stadtrat wird gebeten, ein Projekt zur Förderung der Zivilcourage zu prüfen und dem Einwohnerrat zu berichten.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, es sei selbstverständlich, dass Zivilcourage nach den Ereignissen des vergangenen Frühling ein Thema geworden sei. Einige Ansätze des Postulats nehme der Stadtrat gerne als Anregung gerne entgegen, etwa den Punkt, dass verschiedene Institutionen Auszeichnungen für Zivilcourage verleihen könnten. Der Stadtrat meine aber, das Thema gehöre in einen grösseren Zusammenhang eingebunden, etwa in ein Gewaltpräventionsprojekt. Hier leiste die Schule schon viel Arbeit. Es sei ebenso darauf zu achten, dass Gewaltprävention in der Berufsausbildung von jungen Leuten ein Thema sei, auch an ihrem Arbeitsplatz. Der Stadtrat könne sich vorstellen, dass dies eine kantonale Aufgabe wäre, beispielsweise der Gesundheitsförderung, die ein solches Projekt erarbeiten könnte, weshalb der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte.

Orla Oeri-Devereux (SP) erinnert daran, dass das Zusammenleben in Liestal im April erschüttert worden sei. Das Gefühl der Ohnmacht sei seither sehr verbreitet. Polizeipräsenz sei zwar gut, aber es brauche noch andere Massnahmen. Deshalb solle man die Zivilcourage

ge zum Thema machen, und zwar im Rahmen eines Projekts, um dem Ganzen mehr Gewicht zu geben. Ein Projekt wäre gleichzeitig auch eine klare Botschaft von der politischen Ebene her, dass Gewalt nicht geduldet werde. Die Hauptsache sei, dass man der Bevölkerung das Gefühl nehme, ohnmächtig zu sein. Deshalb bitte sie den Rat um Überweisung.

Elisabeth Weber (SVP/CVP/EVP) teilt mit, ihre Fraktion sei grossmehrheitlich nicht für Überweisung. Es sei zwar traurig, dass heute immer mehr wegschaut werde. Es sei aber nicht die Aufgabe der Stadt, dem abzuhelpen. Jeder könne im Kleinen anfangen, etwas zu verbessern. Das Postulat sei nicht nötig.

Adrian Mächler (FDP) meint, es gebe Sachen, die müsse Liestal machen, andere Dinge solle oder könne die Stadt machen. Es gehe darum, das Wünschbare vom Notwendigen zu unterscheiden. Zivilcourage sei Sache der Persönlichkeit. Seine Fraktion halte die Idee für gut. Vielleicht finde man aber eine andere Organisation, die diese Sache übernehmen würde. Seine Fraktion folge dem Wunsch des Stadtrates.

Bernhard Fröhlich (FDP) gibt zu bedenken, man müsse aufpassen, dass das Thema nicht auf die Seite geschoben werde. Das Postulat sei nicht unbedingt zu überweisen, aber das Anliegen sei ernst zu nehmen. Zivilcourage habe vielleicht auch damit zu tun, Mut zum Anderssein zu haben, gegen den Strom zu schwimmen, visionär zu sein und bereit zu sein, seine Meinung zu ändern. Bei einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zum Thema wäre er dabei.

Marie-Theres Beeler (GL) betont, Zivilcourage sei etwas Privates. Zivilcourage sei aber auch etwas, das durch die Öffentlichkeit unterstützt gehöre. In diesem Sinn sei es ihrer Fraktion wichtig, dass die Stadt Liestal sich bei Projekten engagiere, die Zivilcourage unterstützen würden. Es gebe übrigens bereits eine interdisziplinäre Gruppe mit genau dieser Zielsetzung, nämlich "Liestal schweigt nicht", eine Organisation, die aus anderem Anlass gegründet worden sei.

://: Das Postulat wird mit 14 Ja- gegen 17 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.

26 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

8. Interpellation von Astrid Basler und Franz Kaufmann betreffend neue Parkplätze beim Spital (Nr. 2004/9)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Neue Parkplätze beim Spital

Mit grosser Sorge beobachten wir die Bautätigkeit zwischen Spital und Gewerbeschule. Riesige Grünflächen werden zu Parkplätzen umgewandelt und ganze Baumbestände (in grünem Zustand) gefällt. Ernüchtert nehmen wir zur Kenntnis, dass bei den aktuellen Bauarbeiten sämtliche im Richtplan 95 vorgeschlagenen Massnahmen betreffend Grün- und Freiflächen (siehe Thema 10, Natur im Siedlungsraum) missachtet werden. Im Richtplan werden die Flächen rund ums Spital als "ökologisch wertvoll" eingestuft; was wir jetzt sehen, spottet dieser Beschreibung.

Wir bitten den Stadtrat, uns folgende Fragen zu beantworten:

1. Wurde für das Bauvorhaben ein ordentliches Bewilligungsverfahren durchgeführt? Wurde von der Stadt Einsprache erhoben betreffend der folgenden Fragen?
2. Weshalb wurden die Flächen mit Schwarzelbelag versiegelt und nicht ein durchlässiges Material verwendet? (Richtplan 95: "Die Flächenversiegelung wird möglichst gering gehalten. Es wird geprüft, wo Hartbeläge in Parks durch durchlässige und bewachsene Flächen ersetzt werden können.")
3. Versiegelte Flächen verursachen nachweislich höhere Abwasserkosten (ca. 10 Mal höher) als durchlässige Beläge. Die Bodenversiegelung zu verringern ist ein Anliegen, das sowohl im Richtplan 95 als auch im GEP formuliert ist. Ist die Feststellung richtig, dass die gebauten Flächen beim Spital nicht den Absichten und Vorgaben der Stadt Liestal entsprechen?
4. Die neuen Parkplätze sind mit erheblichem Mehrverkehr verbunden. Kann das neue Verkehrsaufkommen beziffert werden und wird die Sicherheit für die Schüler beim Mühlemattschulhaus genügend berücksichtigt?
5. Entlang der Ergolz (frühere Schafweide) sind weitere Bauarbeiten im Gang. Werden die gesetzlichen Vorgaben eingehalten (Baugesetz: Abstand von Fliessgewässern min. 6.00 m § 95 RBG)? Werden die Vorgaben des Natur- und Landschaftsschutzes betreffend Uferzonen eingehalten (Natur- und Heimatschutzgesetz Art. 21: "Ufergehölz darf weder gerodet noch auf andere Weise zum Absterben gebracht werden.")?

Stadtrat Ruedi Riesen sagt, zu dieser leidigen Geschichte nehme er gerne Stellung. Die Antwort zur ersten Frage sei ja. Die Stadt habe auch Einsprache erhoben. Zur zweiten Frage: Der Kanton habe die Parkplätze nur für fünf Jahre bewilligt, deshalb seien sie mit einem höchst primitiven Belag versehen worden. Zur dritten Frage: Der Teerbelag sei nicht durchgehend; es gebe Schotterstreifen, deshalb sei der Wasserabfluss möglich. Zur vierten Frage: Man zähle durchschnittlich täglich 200 Autos, die zu dem Platz hin- und wieder wegfahren würden. Es sei kein Verkehr, der tagsüber gross belaste. Der Kanton habe die Situation entschärft, indem er zusätzliche Trottoirs gebaut habe. Zur fünften Frage: Bei dem Eingriff entlang der Ergolz habe es sich um einen temporären Bauinstallationsplatz gehandelt, der wie-

der entfernt worden sei. Zur Interpellation insgesamt wolle er sagen, dass er das Zuteilen von grossen Wiesenflächen auch für bedenklich halte. Er verstehe den Unmut. Das Stadtbauamt werde den weiteren Verlauf rund um das Parkplatzprovisorium im Auge behalten.

Franz Kaufmann (SP) dankt dem Stadtrat für seine Antwort und erklärt sich davon befriedigt. Trotzdem wünscht er die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Franz Kaufmann (SP) führt aus, als Provisorium fünf Jahre zu veranschlagen, käme ihm eigenartig vor. Die Parkplätze stünden im Zusammenhang mit der geplanten Umfahrung. Mit dem Bau der Umfahrung habe man aber noch nicht begonnen, und für den Bau rechne man mit ungefähr zehn Jahren Bauzeit. Es sei im Interesse der Öffentlichkeit zu erfahren, wie lange das Parkplatz-Provisorium tatsächlich dauern solle. Er verspüre Ratlosigkeit und Frustration angesichts dieser Sache. Was der Ergolz entlang wirklich geschehen werde, werde man sehen.

Astrid Basler (GL) ergänzt, sie sei auch total frustriert gewesen, als sie diese Parkplätze gesehen habe. In kurzer Zeit würden solche Dinge erstellt, anderes gehe viel langsamer. Die Flächen seien ökologisch wertvoll gewesen. Wenn die Fläche unwiederbringlich zerstört sei, müsse eine Ersatzfläche geschaffen werden. Sie wolle gerne wissen, ob der Kanton dies vorgesehen habe.

Philipp Senn (SP) fragt, was denn der Hintergrund für die Sache sei, weshalb die Plätze überhaupt erstellt worden seien.

Ernst Burkhardt (SP) meint, wenn man von einem Provisorium spreche, dann müsse auch ein Definitivum in Sicht sein. Er frage sich, wie dieses aussehen werde. Im Hasenbühl beispielsweise seien riesige Flächen asphaltiert worden, ebenso bei der Bezirksschreiberei. Alles dies sei ebenfalls als Provisorium bezeichnet worden. Die Landreserven des Kantons stellten offenbar Parkplatzreserven dar. Die Lösung sei, dass die Autos verschwinden müssten, oder man müsse Parkhäuser bauen. Was derzeit geschehe, sei eine billige Art und Weise der Parkplatzbewirtschaftung. Die Natur werde für riesige Parkplatzflächen missbraucht. Dieses Vorgehen sei nicht nur beim Spital, sondern umfassend zu kritisieren. Die Landräte von Liestal sollten dieses Thema einmal aufgreifen.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) sagt, die Frage stehe im Raum, was provisorisch und was definitiv sei. Grundsätzlich wolle sie festhalten, dass es ein Skandal sei, wie die Bäume in grünem Zustand gefällt worden seien. Sie könne versichern, dass es sich bei diesem Platz nicht um eine provisorische, sondern um eine definitive Lösung handle. Im "Liestal aktuell" seien die Baugesuche publiziert worden, ganz offiziell, und zwar im August 2003.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, im Landrat sei bereits eine Interpellation mit 16 Fragen zu diesem Thema eingegeben worden.

Stadtrat Ruedi Riesen ergänzt, ihm sei auch nicht wohl bei dieser Sache. Es sei tatsächlich so, dass die Parkplätze auf der Erweiterungsparzelle beim Kantonsspital definitiv gebaut würden. Das Brodbeck-Areal hingegen sei als Provisorium vorgesehen. Astrid Basler habe in der Interpellation Dinge aus dem Richtplan 95 aufgezählt. Diese Beschreibungen würden für definitive Anlagen gelten. Der juristische Trick sei folgender: Weil es um ein Provisorium für fünf Jahre gehe, müsse man dies als Ausnahmegewilligung zur Kenntnis nehmen.

Astrid Basler (GL) fragt, ob das Provisorium auch verlängert werden könne.

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, er sei überfragt. Ende 2008 werde die Stadt dem Kanton einige Fragen stellen. Zur Frage von Philipp Senn: Es gehe bei diesen Parkplätzen um Er-

satzplätze wegen des H2-Baus. Der Platz beim Schild-Areal, wo die Parkplätze seien, werde für den H2-Bau benötigt. Zur Bewirtschaftung von Parkplätzen des Kantons wolle er auf Folgendes hinweisen: Kantonsangestellte, die mit ihren Autos Parkplätze belegen wollten, müssten den Nachweis erbringen, dass sie nicht mit dem öffentlichen Verkehr nach Liestal kommen könnten.

./.: Somit ist die Interpellation erledigt.

Schluss der Sitzung: 19.55 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Walter Gudenrath

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon